

## **Positionspapier der CDU-Fraktionen Rheinland-Pfalz/Saarland:**

- **Ärztemangel ursächlich bekämpfen**
- **Medizinische Versorgung sichern**
- **Studienplatzkapazität im Fach  
Humanmedizin gemeinsam ausbauen**
- **Rheinland-Pfalz- und Saarland-Studienplätze schaffen**

### **Einleitung:**

Die ärztliche Versorgung im Saarland und in Rheinland-Pfalz steht vor großen Herausforderungen. Der erhebliche Mangel an Ärzten ist mittlerweile in beiden Bundesländern in allen medizinischen Bereichen spürbar, sei es in den Krankenhäusern, im ÖGD oder in der ambulanten hausärztlichen bzw. fachärztlichen Versorgung.

Eine Vielzahl der aktuell praktizierenden Ärzte wird in den kommenden Jahren in den Ruhestand gehen, was die bereits heute besorgniserregende Situation weiter verschärfen wird.

Schon zum jetzigen Zeitpunkt kommt es um die wenigen Mediziner zu einem immer intensiveren Wettbewerb auch auf kommunaler Ebene (u. a. mit regionalen Stipendienmodellen, mit Niederlassungsprämien oder mit der Gründung eigener MVZ oder dem Bau von Ärztehäusern), um einen drohenden oder bereits bestehenden Engpass in der ärztlichen Versorgung zu verhindern.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat bereits vor einem Jahr auf die dramatische Situation hingewiesen und 5.000 zusätzliche Studienplätze im Fach Humanmedizin für ganz Deutschland gefordert. Auch die Landesärztekammern und die Kassenärztlichen Vereinigungen beider Länder sprechen sich seit Jahren für einen substanziellen Ausbau der Medizinstudienplätze aus.

In der Erhöhung der Anzahl der Studienplätze liegt ein Schlüssel für die Sicherung der medizinischen Versorgung, die ohne Ärzte in Praxen, in Krankenhäusern, im Öffentlichen Gesundheitsdienst sowie in Industrie und Wissenschaft nicht zu stemmen ist.

Andere Bundesländer haben ihre Verantwortung in diesem Bereich bereits erkannt und bauen die Studienkapazitäten konsequent aus.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass – im Gegensatz zu vielen anderen Berufen – im Bereich des Medizinstudiums das Problem des Nachwuchsmangels nicht existiert. Hier gibt es deutlich mehr Bewerber als Ausbildungsplätze. Wie gravierend dieses Ausbildungsplatzproblem ist, zeigt eine Studie des Centrums für Hochschulentwicklung aus dem vergangenen Jahr: Rund 8.000 junge Deutsche studieren aktuell im Ausland Medizin, fast alle aufgrund der Tatsache, dass sie in Deutschland keinen Medizinstudienplatz erhalten haben. Dieses Problem gilt es zu lösen.

Bisher kommt hier insbesondere Rheinland-Pfalz seiner Verpflichtung, bedarfsdeckend auszubilden und entsprechende Kapazitäten zu schaffen, nur unzureichend nach. Landesweit stellt Rheinland-Pfalz bisher nur 450 Medizinstudienplätze pro Jahr für Medizinstudienanfänger, die am einzigen Ausbildungsstandort für Vollstudienplätze in Rheinland-Pfalz, der Uniklinik in Mainz, ausgebildet werden, zur Verfügung.

Die nun von der Landesregierung geplante Kapazitätserhöhung auf 500 Plätze pro Jahr unter Einbeziehung zweier Satellitenstandorte (Koblenz, Trier) ist zwar zu begrüßen, aber nicht annähernd bedarfsdeckend.

Da mit dieser Erweiterung die Kapazitäten an der JGU laut Ministerium komplett erschöpft sind, gilt es, zusätzliche Alternativen zu suchen, um die Anzahl der Studienplätze weiter zu erhöhen.

Benötigt werden mindestens 650 Medizinstudienplätze pro Jahr. Diese Ausweitung um 200 Medizinstudienplätze pro Jahr fordert die rheinland-pfälzische CDU-Landtagsfraktion bereits seit mehreren Jahren.

Das Saarland bildet zwar im Bundesländervergleich überdurchschnittlich viele Medizinstudenten aus (ca. 270 pro Jahr), profitiert selbst davon aber nur unterdurchschnittlich. Auch hier macht sich die bundesweit zu niedrige Gesamtzahl an Studienplätzen bemerkbar, denn auch im Saarland führt der Wettbewerb der Bundesländer, Regionen und Kommunen um die knappe Ressource „Arzt“ zu einem immer größeren Mangel.

Jüngstes Beispiel hierfür ist die Schließung von mehr als der Hälfte aller Bereitschaftsdienstpraxen sowie die Schließung der ersten von drei Bereitschaftsdienstpraxen für Kinder. Bereits mittelfristig soll es dann nur noch eine kinderärztliche Bereitschaftspraxis im Saarland geben.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die medizinische Versorgung für Bürgerinnen und Bürger langfristig zu sichern, ist dringend zu handeln.

### **Ziele und Maßnahmen:**

Die CDU-Fraktionen der Landtage von Rheinland-Pfalz und des Saarlandes setzen sich entschieden für eine nachhaltige Sicherung der ärztlichen Versorgung ein.

Die CDU-Fraktionen im Landtag von Rheinland-Pfalz sowie im Landtag des Saarlandes unterstützen eine länderübergreifende Zusammenarbeit zwischen Rheinland-Pfalz und dem Saarland, um gemeinsam die Studienplätze für Humanmedizin an der Universität des Saarlandes in Homburg deutlich zu erhöhen. Eine enge Kooperation zwischen Rheinland-Pfalz und dem Saarland ist entscheidend, um die Kapazitätserweiterung erfolgreich umzusetzen.

### **Erhöhung der Anzahl der Medizinstudienplätze:**

Die CDU-Fraktionen in den Landtagen von Rheinland-Pfalz und des Saarlandes setzen sich dafür ein, die Studienplätze für Humanmedizin an der Universität des Saarlandes in Homburg um mindestens 100 Plätze zu erhöhen. Dies

ist notwendig, um den zukünftigen Bedarf an Ärzten im Saarland und in Rheinland-Pfalz zu decken und eine nachhaltige Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Die CDU-Fraktionen in den Landtagen von Rheinland-Pfalz und des Saarlandes halten es für zielführend, die zusätzlichen, mindestens 100 Studienplätze hälftig in Form von „Rheinland-Pfalz- und Saarland-Studienplätzen“ zu vergeben, welche im Anschluss an das Studium eine mindestens zehnjährige Tätigkeit im jeweiligen Bundesland bedingen.

Die CDU-Fraktionen in den Landtagen von Rheinland-Pfalz und des Saarlandes halten fest, dass die Aufstockung der Studienplätze eine Erhöhung der Lehrkapazitäten an der Universität des Saarlandes erfordert, um der zusätzlichen Studierenden gerecht zu werden. Dies beinhaltet die Schaffung neuer Professuren sowie weiterer Stellen für Dozenten und Lehrkräfte. Entstehende Mehrkosten sollen entweder anteilig durch die Bundesländer getragen oder durch einen jährlichen Fixbetrag pro ausgebildetem RLP-Studenten abgegolten werden.

Durch die Erhöhung der Studienplätze für Humanmedizin an der Universität des Saarlandes in Homburg und eine länderübergreifende Zusammenarbeit soll den aktuellen Herausforderungen begegnet und eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung sichergestellt werden. Es ist jetzt an der Zeit, zu handeln, um die medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger in unserer Region zu gewährleisten.